

Jahresabschluss (HGB) der
Landwirtschaftlichen Rentenbank
zum 31.12.2009



rentenbank

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht	2
Jahresbilanz	22
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	24
Anhang zum Jahresabschluss	26
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	43
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	45
Bericht des Verwaltungsrates	46

Lagebericht

Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2009 war von der schwersten weltwirtschaftlichen Rezession seit dem zweiten Weltkrieg und der anhaltenden Finanzmarktkrise geprägt. Insbesondere wegen umfangreicher schuldenfinanzierter staatlicher Konjunkturprogramme setzte zur Jahresmitte jedoch eine leichte Erholung ein. Welthandel, Auftragseingänge und Produktion nahmen im zweiten Halbjahr wieder zu. Auch an den Weltfinanzmärkten führten die expansive Geldpolitik sowie umfangreiche staatliche Garantien und Stützungsaktionen zu einer Entspannung. Die wirtschaftliche Schwäche wirkte sich dämpfend auf die Preisentwicklung aus. Da insbesondere Erdöl und andere Rohstoffe erheblich billiger als im Vorjahr waren, gingen die Inflationsraten 2009 weltweit deutlich zurück. Erwartungen einer konjunkturellen Erholung, aber auch Spekulationsgeschäfte ließen die Rohstoffpreise und in deren Gefolge auch die Verbraucherpreise zum Jahresende allerdings wieder ansteigen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum sank 2009 um 4,0 % nach einem Plus von 0,6 % im Vorjahr. Auf dem europäischen Arbeitsmarkt hinterließ die Rezession deutliche Spuren. Die Arbeitslosenquote stieg von 8,5 % im Januar auf 10,0 % im Dezember, im Jahresdurchschnitt lag sie bei 9,4 % nach 7,5 % im Vorjahr. Fallende Rohstoffpreise führten im Euroraum zeitweise sogar zu negativen Inflationsraten. Mit minus 0,7 % zum Vorjahresmonat wurde im Juli der niedrigste Wert seit der Einführung des Euro gemessen. Erst ab November lag die Inflationsrate wieder über der Nulllinie. Im Jahresdurchschnitt stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex daher lediglich um 0,3 % nach 3,3 % im Jahr 2008.

Als exportorientiertes Land war Deutschland vom weltweiten Nachfragerückgang in besonderem Maße betroffen. Das BIP sank im Jahr 2009 um 5,0 %. Im Vorjahr hatte das Wachstum immerhin noch 1,3 % betragen. Mit der Erholung des Welthandels und staatlichen Konjunkturprogrammen stabilisierte sich seit dem Sommer jedoch auch hierzulande die wirtschaftliche Entwicklung auf niedrigem Niveau. Konjunkturstützende Maßnahmen wie die Abwrackprämie und arbeitsmarktpolitische Instrumente wie die Kurzarbeit ließen die Arbeitslosigkeit in Deutschland deutlich langsamer steigen als im europäischen Durchschnitt.

Als Reaktion auf die sich verschärfende Wirtschafts- und Finanzkrise senkte die Europäische Zentralbank (EZB) bis Mitte 2009 ihren Leitzins auf ein historisches Tief von 1,0 %. Um die Liquiditätsversorgung im Bankenbereich sicherzustellen, griff sie darüber hinaus zu weiteren unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen. So dehnte die EZB die Laufzeiten der Refinanzierungsgeschäfte mit Banken auf bis zu 12 Monate aus und akzeptierte dabei eine breite Palette an Sicherheiten mit deutlich niedrigeren Bonitätsanforderungen. Im Rahmen der

Vollzuteilung erhielten die Kreditinstitute dabei unbegrenzt Liquidität zu einem festen Zinssatz. Ferner startete die EZB ein Ankaufprogramm für Pfandbriefe und andere gedeckte Bankanleihen mit einem Volumen von 60 Mrd. Euro. Mit den geldpolitischen Maßnahmen gelang es der EZB, die Geldmarktsätze deutlich unter das Leitzinsniveau zu drücken. Entsprechend steiler wurde die Zinsstrukturkurve. Dabei blieben auch die langfristigen Zinsen im Jahresverlauf 2009 niedrig. Zehnjährige Bundesanleihen rentierten die meiste Zeit des Jahres zwischen 3 und 3,5 %. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Stabilisierung im Bankensektor rückten zum Jahresende mögliche „Exit“-Strategien der Notenbanken wieder stärker in das Blickfeld. Dabei geht es um die Frage, wie die durch die expansive Geldpolitik geschaffene überschüssige Liquidität wieder absorbiert werden kann, um langfristigen Inflationsgefahren vorzubeugen, ohne dabei jedoch die Stabilität der Finanzbranche zu gefährden.

Geschäftsentwicklung

Die Bank hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations). Indirekt wirkte sich die Finanzmarktkrise dennoch sowohl auf die Kreditvergabebedingungen als auch auf die Refinanzierungsbedingungen aus. Die Bepreisung von Finanzierungen ist nach wie vor durch eine stärkere Risikoorientierung geprägt. Die Margenentwicklung an den Finanzmärkten wirkte sich positiv auf die operativen Ergebnisse der Bank aus.

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2009 durch eine positive Ertragsentwicklung mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten gekennzeichnet. Trotz deutlich niedrigerer Bilanzsumme war die Fördertätigkeit auch 2009 durch ein höheres Kreditvolumen im mittel- und langfristigen Bereich geprägt. Das Bilanzbild wird entsprechend der Geschäftsstruktur maßgeblich durch den Bestand an mittel- und langfristigen Förderkrediten bestimmt. Aufgrund des höheren Neugeschäfts bei Programmkrediten wuchs der Kreditbestand um 1,4 Mrd. € bzw. 3,5 % auf 41,8 Mrd. € (40,4 Mrd. €). Im Geschäftsjahr 2009 betrug das Neugeschäft an Förderkrediten 10,7 Mrd. € (12,0 Mrd. €). Der Bedarf an Kapitalmarktmitteln war aufgrund des geringeren Zusagevolumens rückläufig. Die im Berichtsjahr neu abgeschlossenen mittel- und langfristigen Refinanzierungen betrugen 10,0 Mrd. € (11,2 Mrd. €).

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme verminderte sich 2009 um 12,1 Mrd. € (-0,9 Mrd. €) bzw. 13,8 % (-1,0 %) auf 75,8 Mrd. € (87,9 Mrd. €). Die Eventualverbindlichkeiten ohne die unwiderruflichen Kreditzusagen betrugen 119,1 Mio. € (117,6 Mio. €). Die Bank legt ihre Kredite

grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken heraus. Auf der Aktivseite der Bilanz fielen dementsprechend die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Anteil von 61,2 % (60,6 %) besonders ins Gewicht. Diese Position valutierte zum Jahresultimo mit 46,4 Mrd. € (53,3 Mrd. €). Sie verringerte sich gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch die Rückführung von Festgeldern um 6,9 Mrd. € (-7,8 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden nahmen um 5,7 Mrd. € auf 1,0 Mrd. € (6,7 Mrd. €) ab. Der Rückgang ist ausschließlich auf Fälligkeiten staatsgesicherter, kurzfristiger Inanspruchnahmen zurückzuführen. Der Wertpapierbestand, der sich fast ausschließlich aus Bankenanleihen und -schuldverschreibungen zusammensetzt, stieg um 0,4 Mrd. € auf 28,1 Mrd. € (27,7 Mrd. €) an. Diese Bilanzposition enthielt Anleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 8,5 Mrd. € (9,6 Mrd. €) sowie 16,0 Mrd. € (13,5 Mrd. €) Wertpapiere, die durch entsprechende Sicherungsgeschäfte wirtschaftlich wie variabel verzinsliche Wertpapiere zu betrachten sind. Wertpapiere von nominal 2,9 Mrd. € (4,2 Mrd. €) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Auf der Passivseite der Bilanz verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 6,7 Mrd. € auf 4,3 Mrd. € (11,0 Mrd. €). Die Tages- und Festgelder sowie die Offenermarktgeschäfte verringerten sich um € 5,7 Mrd. € auf 1,0 Mrd. € (6,7 Mrd. €). Die ebenfalls unter dieser Position ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen reduzierten sich um 1,0 Mrd. € auf 1,7 Mrd. € (2,7 Mrd. €). Von den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist sind am Jahresende 1,2 Mrd. € innerhalb der nächsten drei Monate, 1,0 Mrd. € zwischen einem und fünf Jahren und 1,1 Mrd. € in mehr als fünf Jahren fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 1,6 Mrd. € auf 5,9 Mrd. € (4,3 Mrd. €). Die Bilanzposition enthält überwiegend Namensschuldverschreibungen, die am Jahresende mit einem Bestandsvolumen von 4,7 Mrd. € (3,4 Mrd. €) ausgewiesen wurden. Zum Bilanzstichtag sind von den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 1,8 Mrd. € zwischen einem und fünf Jahren und 3,6 Mrd. € in mehr als fünf Jahren fällig.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten verminderte sich um 7,3 Mrd. € bzw. 10,6 % und führte am Jahresultimo zu einem Ausweis von 61,6 Mrd. € (68,9 Mrd. €). Das Euro-Medium-Term-Note-Programm (EMTN) stellt mit 37,8 Mrd. € (38,0 Mrd. €) das wichtigste Refinanzierungsinstrument dar. Die Globalanleihen beliefen sich am Jahresende auf 10,3 Mrd. € (11,4 Mrd. €). Innerhalb der Geldmarktfrefinanzierung verringerte sich der Bestand aus dem ECP-Programm auf 10,0 Mrd. € (13,2 Mrd. €).

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die Rückstellungen nahmen um 67,0 Mio. € auf 477,5 Mio. € (410,5 Mio. €) zu. Den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden brutto 36,2 Mio. € (7,0 Mio. €) zugeführt. Die Bewertung der Pensionsrückstellungen wurde in Anlehnung an

die Systematik des International Accounting Standards angepasst. Es wurden zum 31.12.2009 weitere Bewertungsparameter, wie zukünftige Tarifierhöhungen, Karrieretrends und Inflationsentwicklungen berücksichtigt. Der Verbrauch für laufende Pensionszahlungen und ähnliche Verpflichtungen betrug 5,8 Mio. € (4,8 Mio. €). Per Saldo haben sich dementsprechend die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen um 30,4 Mio. € (2,2 Mio. €) erhöht. Der Deckungswert ist auf der Grundlage eines Rechnungszinsfußes von 3,5 % (3,5 %) ermittelt worden.

Die anderen Rückstellungen stiegen um 36,5 Mio. € auf 370,3 Mio. € (333,8 Mio. €). Diese Bilanzposition umfasst insbesondere den Förderbeitrag der Rentenbank, sowie die Vorsorge zur Stützung einer Beteiligung.

Ertragslage

Die Ertragslage der Bank entwickelte sich aufgrund der verbesserten Aktiv-Passiv-Marge erneut positiv. Einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen erreichten die Zinserträge 3.086,4 Mio. € (4.256,5 Mio. €). Nach Abzug der Zinsaufwendungen von 2.663,0 Mio. € (3.864,5 Mio. €) errechnete sich ein Zinsüberschuss von 423,4 Mio. € (392,0 Mio. €).

Das Betriebsergebnis vor Vorsorge und Bewertung verringerte sich geringfügig um 0,6 % (+73,8 %) und betrug 347,4 Mio. € nach 349,6 Mio. € im Vorjahr.

Die Ergebnisse aller Segmente „Treasury Management“, „Fördergeschäft“ sowie „Kapitalstockanlage“ entwickelten sich ebenfalls positiv.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft sind ausreichend bemessen und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken. Die Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve betrugen 1,3 Mio. € (5,3 Mio. €). Die nach § 280 Abs. 1 HGB erforderlichen Wertaufholungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Höhe von 9,3 Mio. € (5,8 Mio. €) wurden bis maximal zur Höhe der vorgenommenen Abschreibungen durchgeführt. Auf Wertpapiere des Anlagebestands wurden 31,1 Mio. € (0 Mio. €) abgeschrieben.

Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss wurde 2009 mit 45,0 Mio. € (43,0 Mio. €) um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr ausgewiesen. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe sollen hieraus 33,75 Mio. € (32,25 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt werden. Entsprechend der Beschränkung der maximalen Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nenn-

betrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen nach § 2 Absatz 3, Satz 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank wurde aufgrund des rückläufigen Volumens der zu deckenden Schuldverschreibungen ein Betrag von 121,0 Mio. € (60,3 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und zwecks Erhalt der Kapitalbasis in gleicher Höhe der Hauptrücklage wieder eingestellt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 11,25 Mio. € (10,75 Mio. €), der für eine Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes verwendet wird.

Eigenkapital

Die bilanziellen Eigenmittel erreichen nach der Dotierung der Hauptrücklage und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 3.125,7 Mio. € (3.047,2 Mio. €).

Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2009	31.12.2008
	Mio. €	Mio. €
Grundkapital	135,0	135,0
Hauptrücklage	564,7	409,9
Deckungsrücklage	188,3	309,3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.170,0	1.087,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.067,7	1.106,0
Summe	3.125,7	3.047,2

Die bilanziellen Eigenmittel erhöhten sich im Vergleich zu 2008 um 78,5 Mio. €.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich, unter Einrechnung von Wechselkurschwankungen, per saldo um 38,3 Mio. € vermindert (83,7 Mio. €). Von den nachrangigen Verbindlichkeiten sind 913,3 Mio. € (939,3 Mio. €) gemäß § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 5 KWG als Eigenkapital anrechenbar. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 83,0 Mio. € auf 1.170,0 Mio. € aufgestockt. Der Anteil der offen ausgewiesenen haftenden Mittel an der Bilanzsumme betrug 4,1 % (3,5 %).

Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkennziffer lag am 31.12.2009 mit 23,8 % (19,1 %) weit über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

Risikobericht

Allgemeine Grundlagen

Das Unternehmensziel der Bank, abgeleitet aus dem gesetzlichen Förderauftrag, ist die Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes. Die Geschäftstätigkeit der Bank ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Bank auch in Zukunft jederzeit in der Lage ist, ihren Förderauftrag zu erfüllen.

Zur Erreichung des Unternehmensziels gehört auch die Erzielung eines angemessenen und stetigen Gewinns, um den Förderauftrag sicherzustellen und um erforderliche Eigenmittelerhöhungen, mangels anderer Quellen, aus eigenen Erträgen leisten zu können. Die Risikostruktur der Bank wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS)/Risikomanagementsystems (RMS) ist die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB). Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS) aufgestellt. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen Rentenbank-spezifisch dargestellt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung ist in Nebenbüchern in verschiedenen Bereichen angesiedelt. Die Daten werden über eine automatisierte

Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, Buchungssystematik, Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Rentenbank setzt in der Finanzbuchhaltung eigenentwickelte Finanzsoftware ein. Diese schützt den Rechnungslegungsprozesses vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen. Die Fehlervermeidung erfolgt durch Plausibilitätsprüfungen und die Fehlerentdeckung wird durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche in der Finanzsoftware sichergestellt. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision sowie durch externe Prüfungen (z.B. Wirtschaftsprüfer) überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

Organisation des Risikomanagementprozesses

Risikomanagement

Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement trägt der Vorstand der Bank. Er bestimmt die nachhaltige Gesamtbankrisikostrategie unter Berücksichtigung der Vorschläge des bereichsübergreifenden Arbeitskreises Risikomanagement bzw. der ersten Führungsebene. Risikomanagementfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft, Banken und Unternehmen wahrgenommen. Das Risikohandbuch gibt einen umfassenden Überblick über alle Geschäftsrisiken auf Basis der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse.

Die Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert die Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“ (NPP). Im Rahmen des NPP analysieren die tangierten Organisationseinheiten den Risikogehalt und die wesentlichen Konsequenzen dieser Geschäfte für die Bank.

Risikocontrolling

Das Risikocontrolling, organisatorisch eingebunden in den Bereich Finanzen, umfasst die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung der Marktpreisrisiken, der operationellen Risiken, der Liquiditätsrisiken und der Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken ist für die Überwachung des Adressenausfallrisikos zuständig. Vorstand und die vom Verwaltungsrat gebildeten Bilanz- bzw. Kreditausschüsse werden mindestens quartalsweise über die gesamte Risikolage informiert. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung und -überwachung unterliegen einer ständigen Überprüfung und Weiterentwicklung.

Interne Revision

Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands und ihm unmittelbar unterstellt. Unbeschadet des Direktionsrechts des Vorstands zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen nimmt die Interne Revision ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Interne Revision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Bank, inklusive Risikomanagement und internem Kontrollsystem.

Risikotragfähigkeit

Alle wesentlichen Risiken der Bank werden identifiziert und auf Konzentrationsrisiken hin untersucht. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagement-Systems ist die Einrichtung und Überwachung der an der Risikotragfähigkeit ausgerichteten Limite. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt sicher, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Dazu wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationellen Risiken der Bank einem Anteil der Risikodeckungsmasse in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien gegenübergestellt.

Für weitere Aussagen zur Risikotragfähigkeit wird auf den Konzernlagebericht verwiesen.

Die allokierte Risikodeckungsmasse für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken entspricht den vom Vorstand genehmigten Globallimiten. Die Ergebnisse aus den Berechnungen zur Risikotragfähigkeit reflektieren die auf Nachhaltigkeit und Stabilität angelegte Risikostrategie.

Adressenausfallrisiken

Definition

Die Vergabe von Krediten und damit die Einschätzung und Übernahme von Adressenausfallrisiken ist ein wesentliches Element der Geschäftstätigkeit.

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Adressenausfallrisiko umfasst das Kreditausfallrisiko, unter dem das Kontrahentenrisiko, das Emittentenrisiko, das Länderrisiko und das Strukturrisiko subsumiert werden sowie das Settlement- und Wiedereindeckungsrisiko.

Die Kreditvergabe zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes erfolgt grundsätzlich nur an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Land in der Europäischen Union, die Geschäftsaktivitäten mit landwirtschaftlichen Unternehmen sowie vor- und nachgelagerten Bereichen und im ländlichen Raum aufweisen. Die besonders förderungsintensiven Programmkredite sind derzeit auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank nahezu ausschließlich auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Es wird über Global-, allgemeine Refinanzierungs- und Einzelrefinanzierungsdarlehen durchgeführt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt in diesem Fall bei der Hausbank. Endkreditnehmerrisiken geht die Rentenbank lediglich im Geschäft mit Unternehmen (Direktkreditgeschäft) ein, das in der Regel über oder zusammen mit anderen Kreditinstituten erfolgt.

Der Katalog der Fördermaßnahmen umfasst auch die Möglichkeit, geeigneten Unternehmen der Agrarwirtschaft Eigenmittel zur Verfügung zu stellen. Hierzu hat die Bank einen Risikokapitalfonds in einer Höhe von 100 Mio. € aufgelegt, um etablierte Unternehmen in Form von Minderheitsbeteiligungen zu begleiten.

Der Bereich Treasury ist für Neuabschlüsse von allgemeinen Förderkrediten in Form von Namenspapieren und verbrieftem Fördergeschäft sowie des Geldgeschäfts und der Derivate verantwortlich. Das Derivategeschäft wird grundsätzlich nur zu Sicherungszwecken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Beim Neugeschäft werden grundsätzlich nur Geschäftspartner berücksichtigt, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

Organisation der adressenausfallbehafteten Geschäfte

Der Vorstand der Bank legt jährlich eine Kreditrisikostategie fest und gibt diese dem vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss zur Kenntnis.

Risikoüberwachung und Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken erfolgen nach einheitlichen Grundsätzen und unabhängig davon, aus welcher Geschäftsart diese resultieren. Die zugehörigen Aufgaben werden vom Vorstand und den Bereichen Banken und Unternehmen wahrgenommen. Der Bereich Banken ist für die Gestaltung und Umsetzung einer einheitlichen Kreditrisikostategie und für die Steuerung der Adressenausfallrisiken der Bank zuständig. Hier werden u. a. Kreditrisiken analysiert, interne Bonitätsklassen festgesetzt, Beschlussvorlagen für Kreditentscheidungen erstellt, das Marktfolgevotum vergeben und das Kreditrisiko kontrolliert. Der Bereich Treasury ist als Marktbereich in die Prozesskette des Kreditgeschäfts eingebunden.

Gemäß den „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Eine Vielzahl dieser als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben wird von den Bereichen Fördergeschäft, Banken und Unternehmen übernommen. Die Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab, überprüfen bestimmte Sicherheiten im Sinne der MaRisk und haben die Zuständigkeit sowohl für die Intensivbetreuung als auch für die Behandlung von Problemkrediten. Alle erforderlichen Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen. Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios sowie der Kreditnehmer und ist für die Risikoberichterstattung der Adressenausfallrisiken zuständig. Daneben wird die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos verantwortet. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Unternehmen vom Bereich Treasury wird eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugewandt auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit und des Gesamtkreditportfolios. Die Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung erfolgt durch die Unterteilung des Kreditportfolios nach verschiedenen Merkmalen, wobei in mehreren Produktgruppen Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen zusammengefasst werden.

Bonitätsbeurteilung

Die aus der bankinternen Bonitätseinstufung und unter Berücksichtigung von externen Ratings ermittelte Bonitätsklasse ist ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken, die über das Limitsystem abgebildet werden. Darüber hinaus können aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners eine Überprüfung und ggf. Anpassung der Bonitätsklasseneinstufung anhand von Frühwarnindikatoren sowie eine Limitanpassung zur Folge haben.

Die interne Bonitätseinstufung erfolgt durch die Bereiche Banken und Unternehmen, der Marktfolge. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten nach einem intern festgelegten Verfahren in Bonitätsklassen eingestuft. Das Bonitätsklassensystem wurde im März 2009 von 12 auf 20 Bonitätsklassen erweitert. Die Ausweitung ermöglicht eine bessere Differenzierung der Geschäftspartner mit schwächerer Bonität. Die besten 10 Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus wurden die 7 Bonitätsklassen BB+ bis C für latente Risiken und die 3 Bonitätsklassen DDD bis D für akut ausfallgefährdete und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätsklasseneinstufung erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Jahresabschlüssen bzw. Geschäftsberichten. Hierbei werden auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen, sog. weiche Faktoren, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen berücksichtigt. Sofern vorhanden werden zusätzlich die Einstufungen der externen Rating-Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch zur Bonitätseinstufung herangezogen. Spezielle Geschäftsarten wie die Hereinnahme von Pfandbriefen werden spezifisch in eine Bonitätsklasse eingestuft. Zusätzlich werden die Länderrisiken als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko gesondert beurteilt. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird fortlaufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Geschäftspartner der Rentenbank wider. Einzelne Kontrahenten sind als Engagements mit latenten Risiken eingestuft. Trotz Bonitätsherabstufungen einiger Geschäftspartner ist die durchschnittliche Bonität unseres Gesamtkreditportfolios auch vor dem Hintergrund eines qualitativ hochwertigen Neugeschäfts weiterhin gut.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Kreditrisikostategie in Verbindung mit dem Risikotragfähigkeitskonzept steht im Mittelpunkt des adäquaten Steuerungsinstrumentariums zur Sicherung einer guten Bonität des Gesamtkreditportfolios.

Basis für die Messung potenzieller Kreditausfallrisiken mit Hilfe statistischer Verfahren ist das interne Bonitätsklassen-System. Zur Ermittlung des kumulierten potenziellen Ausfalls werden die von den Rating-Agenturen Standard & Poor's und Moody's veröffentlichten historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet, da auf historische Ausfallwahrscheinlichkeiten in der Bank aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten vor der aktuellen Finanzmarktkrise nicht zurückgegriffen werden kann. Die Berechnungen erfolgen jeweils zum Monatsultimo. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird ein Standard-

szenario (jährlicher, kumulierter, potenzieller Ausfall bezogen auf Inanspruchnahmen) um Stressszenarien (jährlicher, kumulierter, potenzieller Ausfall bezogen auf Limite unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten) ergänzt. Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wurden zum Stichtag 130 Mio. € (130 Mio. €) der Risikodeckungsmasse für das Adressenausfallrisiko zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten wurde.

Limitierung und Reporting

Die Risikoübernahme und -limitierung ist Kernelement des Risikomanagements von Adressenausfallrisiken. Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken jederzeit mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit der Bank vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf Kreditnehmer- und Kreditnehmereinheitenebene als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios. Grundlage der Limitierung ist die Kreditrisikostrategie, aus der konsistente Unterlimite abgeleitet werden.

Ausgehend von dem im Risikohandbuch (Risikotragfähigkeitskonzept) für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil der Risikodeckungsmasse wird mit Hilfe eines statistischen Modells eine Gesamtobergrenze für alle Adressenlimite festgelegt. Daneben sind Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoübergrenze sowie eine Gesamtobergrenze für das verbriefte Fördergeschäft (Produktlimit) eingerichtet.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das interne Bonitätsklassifizierungsverfahren stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Die für einen Geschäftspartner insgesamt vergebenen Limite werden in Abhängigkeit von dessen bilanziellen Verhältnissen aus mehreren internen Rasterobergrenzen errechnet. Daneben ist eine Gesamtobergrenze je Kreditnehmereinheit eingerichtet, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Die Überwachung sämtlicher Limite erfolgt täglich durch die Marktfolge. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei verbrieften Fördergeschäften setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten, ggf. unter Berücksichtigung gestellter Sicherheiten, zusammen. Dem zuständigen Vorstand werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Ausnutzung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand zeitnah angezeigt.

Die Bank hat mit nahezu allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Collateral Vereinbarungen abgeschlossen, so dass der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro besichert wird. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen, die Eigenkapitalunterlegung der Adressenausfallrisiken und die Auslastung der Großkreditgrenzen.

Jeweils zum Quartalsende wird für den Vorstand sowie für den vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss nach den Vorgaben der MaRisk ein Kreditrisikobericht vom Referat Adressrisiken erstellt, das dem Bereich Banken (Marktfolge) zugeordnet ist. Dieser Bericht enthält u. a. quantitative und qualitative Informationen über die Entwicklung des Gesamtkreditportfolios, welches nach Strukturmerkmalen wie Bonitätsklassen, Sicherheiten, Größenklassen und Restlaufzeiten beobachtet wird. Daneben wird über den Umfang der intern eingeräumten Limite, die Entwicklung des Neugeschäfts, das Geschäft mit Unternehmen, Beteiligungen, die Entwicklung des potenziellen Ausfalls aus Adressrisiken, neue Produkte, neue Märkte, neue Vertriebswege, neue Länder sowie Großkreditengagements berichtet. Weitere Informationen sind Vorjahresvergleiche, Veränderungen und deren Kommentierung sowie die Entwicklungen von Kontrahenten, welche unter besonderer Beobachtung stehen oder latente Risiken aufweisen.

Marktpreisrisiken

Definition

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Zinsänderungsrisiken beinhalten dabei Risiken aus einer Ausweitung von Risikoaufschlägen (Spreadrisiken). Berücksichtigt wird der potenzielle Verlust auf Positionen im eigenen Bestand in Folge sich ändernder Marktpreise.

Organisation der marktpreisrisikobehafteten Geschäfte

Die Rentenbank führt kein Handelsbuch im Sinne § 2 Abs. 11 KWG. Offene Positionen aus Anlagebuchgeschäften werden nur in eingeschränktem Umfang eingegangen.

Aufgabe des Risikomanagements ist die Bestimmung, qualitative Bewertung und Steuerung der Marktpreisrisiken. Im Risikocontrolling erfolgen die Quantifizierung der Marktpreisrisiken,

die Limitüberwachung, die Kontrolle und das Reporting. Die Kontrolle der Marktgerechtigkeit erfolgt in der Abteilung Operations.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken

Die Bank begrenzt das Zinsänderungsrisiko durch fristenkongruente Refinanzierung von bilanziellen Aktiva durch bilanzielle Passiva sowie den Einsatz von Derivaten zur Steuerung von Fristeninkongruenzen. Derivate werden grundsätzlich zur Sicherung auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei kurzfristig orientierten Geldanlagen und Refinanzierungen realisiert und in geringem Umfang im Bereich des Wertpapier- und Kreditgeschäfts. Die für das Marktpreisrisiko allokierte Risikodeckungsmasse entspricht dem Risikolimit von 61 Mio. € (61 Mio. €).

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene ermittelt die Bank täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten und misst zusätzlich quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell die Zinsänderungsrisiken für alle zinssensitiven Positionen der Bank. Die quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Durch Schließung aller offenen Festzinspositionen werden kalkulatorisch die Zinsergebnisse aller künftigen Perioden ermittelt. Abschließend werden hierbei die für unterschiedliche Zinsänderungsszenarien ermittelten Risikowerte in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln nach § 10 KWG gesetzt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Vorstandsbeschluss festgelegten Risikolimite nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimite barwertorientiert auf Basis einer Sensitivität von 100 Basispunkten gemessen wird.

Veränderungen von Marktparametern in Form von Spreadaufschlägen wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen die Risikodeckungsmasse. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Ergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungsmasse unterlegt.

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte ausgeschlossen. Offene Währungspositionen entstehen durch Abrechnungsspitzen in sehr begrenztem Umfang. Es liegt für keine Währung ein materielles Risiko vor.

Für das „Geldgeschäft“ wird täglich eine Risikokennziffer auf Basis einer VaR-Analyse nach der Varianz-Kovarianz-Methode ermittelt. Diese zeigt den maximalen Verlust aus Markteffekten bei einer 1-tägigen Haltedauer und einer Prognosegüte von 99 %. Die maßgeb-

lichen Risikofaktoren für das Geldgeschäft sind Zinssätze in Euro. Der Wert des Portfolios wird durch die Zinskurve für Interbankenkredite (EURIBOR) und die Zinskurve für Derivate (EONIA) bestimmt. Neben den Zinskurven werden bei der VaR- Berechnung die entsprechenden Zinsvolatilitäten und Korrelationen zwischen den Zinssätzen berücksichtigt. Diese Daten werden unter Verwendung einer gewichteten 250 Tage Historie bestimmt.

Sensitivitäts-, Szenario- und VaR-Analysen sowie Backtesting-Verfahren sind Bestandteil des Risikomanagements und Risikocontrollings.

Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken werden mindestens jährlich validiert. Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ täglich überprüft. Zinsänderungen der Zinskurven für kurzfristige Interbankenkredite (EURIBOR) und Derivate (EONIA) sowie langfristige Swapsätze innerhalb von 10, 20 und 30 Tagen werden risikobezogenen Schwellenwerten gegenübergestellt.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Hierbei werden unter Annahme unveränderter Positionen die Tagesergebnisse, die aufgrund der beobachteten Marktentwicklung des Folgetages erzielt werden, der jeweils prognostizierten VaR-Kennzahl gegenübergestellt.

Liquiditätsrisiken

Definition

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen zu können bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Steuerung und Überwachung

Die Liquiditätsrisiken der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes Limit für Liquiditätssalden täglich durch den Bereich Finanzen überwacht und dem Vorstand und den zuständigen Fachabteilungen zur Kenntnis gegeben. Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren die jeweiligen frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten nicht überschreiten. Zur Überwachung der mittel- und langfristigen Liquidität werden die planmäßigen Fälligkeiten für die jeweils folgenden 15

Jahre quartalsweise dargestellt. Ein langfristiges Liquiditätslimit ist über alle Laufzeitenbereiche eingerichtet. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen das Limit nicht überschreiten.

Das Liquiditätsrisiko bei nicht fristgerecht eingehenden Tilgungs- und Zinszahlungen ist bei funktionierenden Märkten angesichts der Triple-A-Ratings der Bank und der kurzfristig zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten im Geld- und Kapitalmarkt beherrschbar. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe der frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten beschafft werden. Diese müssen den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren stets überschreiten.

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditätsszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells. Sie werden monatlich berechnet, einzeln und kombiniert betrachtet sowie entsprechend überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere der Liquiditätsreserve, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderrieflichen Kreditzusagen oder den Ausfall bedeutender Kreditnehmer. Hierbei wird der aus den Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf auf die bereits bekannten Zahlungsströme gerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden täglich die gewichteten Zahlungsmittel den gewichteten Zahlungsverpflichtungen des gleichen Zahlungszeitraums gegenübergestellt. Ferner werden die hieraus ermittelten Kennziffern auf die melde-relevanten Stichtage hochgerechnet. Im Berichtsjahr 2009 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 1,90 und 4,99 (1,59 und 2,90) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

Der Vorstand wird mit der Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die kurz- und langfristige Liquidität sowie über die Szenarioanalysen unterrichtet. Der Verwaltungsrat wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen quartalsweise informiert.

Die Liquiditätsrisiken werden bei der Berechnung der Risikotragfähigkeit mit Null Euro angerechnet, weil die Bank über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich, u. a. aufgrund der Triple-A-Ratings, jederzeit weitere liquide Mittel am Geldmarkt bzw. bei der Bundesbank beschaffen kann.

Operationelle Risiken

Definition

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Rechtsrisiken, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken, sie beinhalten jedoch nicht strategische Risiken, Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken.

Organisationsstruktur operationeller Risiken

Die Rahmenbedingungen für das Management und Controlling operationeller Risiken regeln den Umgang mit operationellen Risiken in der Bank.

Die operationellen Risiken der Rentenbank werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, welche an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert die Bank indem soweit wie möglich standardisierte Verträge eingesetzt werden. Die Rechtsabteilung wird frühzeitig in Entscheidungen, die verpflichtende oder begünstigende Rechtswirkung für die Bank haben könnten sowie bei Abweichungen von Vertragsstandards, einbezogen. Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken subsumiert und werden in der Risikotragfähigkeitsanalyse unter dieser Risikoart berücksichtigt. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise zur Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in den Notfallplänen berücksichtigt.

Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Arbeitskreis Risikomanagement, den Vorstand und den Verwaltungsrat.

Quantifizierung der operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem an den Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Ansatz zugrunde liegen, wurden aufgrund des Geschäftsumfanges im Standard- und Stressszenario im Geschäftsjahr 2009 neu festgelegt. Die für das operationelle Risiko allokierte Risiko-deckungsmasse betrug zum Stichtag 30 Mio. € (12 Mio. €).

Alle Schadensereignisse der Bank werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Die Erfassung aller laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfolgt dezentral durch die Operational Risk Beauftragten. Das Management operationeller Risiken erfolgt in den einzelnen Geschäftsbereichen, so dass bei diesem dezentralen Ansatz die Maßnahmen zur Vermeidung und Begrenzung der Risiken primär in der Verantwortung der Organisationseinheiten liegen. Die Analyse und Aggregation der Schadensfälle sowie die methodische Weiterentwicklung der eingesetzten Instrumente erfolgt im Risikocontrolling.

Die Bank führt regelmäßig Self Assessments durch. Ziel der Self Assessments ist es, das Wissen zur Erkennung und Beurteilung von Risiken aus den Geschäftseinheiten, in denen sich die Risiken konkretisieren, nutzbar zu machen. Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien für alle bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert und anschließend nach Schadenshöhe und Schadenshäufigkeit bewertet. Je nach Risikobewertung werden durch zusätzliche Präventivmaßnahmen operationelle Risiken reduziert.

Prognosebericht

Bereits zu Beginn des laufenden Jahres zeigte sich, dass die Finanzmarktkrise auch den weiteren Jahresverlauf 2010 sowohl konjunkturell als auch politisch prägen wird. Die staatlichen Bankenrettungspakete haben ebenso wie die zusätzlichen Staatsausgaben und Steuersenkungsprogramme zur Konjunkturstabilisierung die Staatsverschuldung weltweit dramatisch steigen lassen. Der Staatsbankrott einzelner Länder, deren Verschuldung besondere Dynamik aufwies, ist damit nicht mehr ausgeschlossen und hätte erhebliche Folgewirkungen auf weitere Staaten. Im Euroraum wurde in erster Linie die Zahlungsfähigkeit Griechenlands in Frage gestellt. Neue Erschütterungen des internationalen Finanzsystems liegen damit im Bereich des Möglichen. Ebenso können restriktivere Finanzierungsbedingungen und die wahrscheinlich weiter steigende Arbeitslosigkeit die konjunkturelle Erholung beeinträchtigen.

Trotz dieser Risiken dürfte sich im laufenden Jahr die Mitte 2009 begonnene weltweite konjunkturelle Erholung auf niedrigem Niveau fortsetzen. Vor dem Hintergrund des wieder anziehenden Welthandels wird Deutschland als exportorientiertes Land davon stärker profitie-

ren als andere Länder des Euroraums. Ein Wirtschaftswachstum von bis zu 1,5 % erscheint im laufenden Jahr möglich.

Die Verbraucherpreise dürften aufgrund der niedrigen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung auch im Jahr 2010 nur moderat steigen, obwohl die Rohstoffpreise bereits wieder deutlich angezogen haben. Internationale Organisationen wie der IWF prognostizieren für das laufende Jahr für alle großen Industrieländer Inflationsraten von unter 2 %.

Aufgrund der extrem expansiven Geldpolitik hat sich die Lage an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten wieder entspannt. Vor dem Hintergrund der leichten Konjunkturerholung kündigte die Europäische Zentralbank (EZB) für die ersten Monate des Jahres eine leichte, schrittweise Straffung der Geldpolitik durch eine restriktivere Ausgestaltung ihrer Refinanzierungsgeschäfte an. Erste Zinserhöhungen werden von Marktteilnehmern frühestens im zweiten Halbjahr erwartet. Damit dürften insbesondere die kurzfristigen Zinsen moderat steigen. Auch im langen Laufzeitenbereich dürfte sich das Zinsniveau nur geringfügig erhöhen.

Die Rentenbank sieht sich mit ihrer soliden Geschäftsstruktur in Verbindung mit den Triple-A-Ratings auch unter diesen Rahmenbedingungen gut gerüstet für einen Ausbau ihrer Fördertätigkeit.

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Dreijahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Bestands-, Ertrags- und Kostenplanung einschließlich Kostenbudgets sowie Simulationsrechnungen. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Dreijahresplanung.

Im Rahmen unserer aktuellen Planung erwarten wir sowohl im Fördergeschäft als auch bei der Refinanzierung der Bank für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 ein Neugeschäftsvolumen auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Im Rahmen der Ertragsplanung werden solide, operative Ergebnisverläufe in allen Segmenten prognostiziert. Erträge und Ergebnisse erreichen allerdings nicht das Niveau der Ausnahmejahre 2008 und 2009. Dies betrifft sowohl den Zinsüberschuss als auch das Betriebsergebnis vor Bewertung sowie Steuern.

Die Kostenplanung für die Jahre 2010 und 2011 berücksichtigt sowohl zukünftige Investitionsmaßnahmen u. a. aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben als auch strategische und operationale Weiterentwicklungen. Trotz eines straffen Kostenmanagements sind Kostensteigerungen in allen Bereichen zu erwarten.

Das Fördergeschäft entwickelte sich in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres weiter dynamisch. Wir sind zuversichtlich, bei unveränderten Rahmenbedingungen, 2010 an das mittel- und langfristige Fördervolumen des Jahres 2009 anknüpfen zu können.

Für das Gesamtjahr erwarten wir eine zufriedenstellende Ertragsentwicklung, die der Bank neben einer angemessenen Vorsorge für alle erkennbaren Risiken eine weitere Stärkung der Kapitalausstattung ermöglicht.

Nachtragsbericht

Am 15. Januar 2010 ist eine in den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesene Rückbürgschaft in Höhe von 110 Mio. € gegenüber dem Bund ausgelaufen. Der Bank ist hieraus kein Aufwand entstanden.

Der Verwaltungsrat der Rentenbank hat Herrn Dr. Marcus Dahmen, den Sprecher des Vorstandes, am 08. Februar 2010 seines Amtes entbunden. Die Aufgaben von Herrn Dr. Dahmen werden bis auf weiteres von den Vorständen Herrn Hans Bernhardt und Herrn Dr. Horst Reinhardt wahrgenommen.

AKTIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2008 Mio. €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		0,1		0,1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		102,1		28,0
darunter:			102,2	28,1
bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 102,1 (i. Vj. Mio. € 28,0)				
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2,5		220,0
b) andere Forderungen		46 408,6		53 082,7
			46 411,1	53 302,7
3. Forderungen an Kunden				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
Kommunalkredite				
Mio. € 477,4 (i. Vj. Mio. € 5 349,3)			978,0	6 731,1
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von anderen Emittenten		189,9		463,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 189,9 (i. Vj. Mio. € 463,0)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	820,8			347,9
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 690,8 (i. Vj. Mio. € 208,8)				
bb) von anderen Emittenten	26 479,7	27 300,5		26 865,9
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 25 783,4 (i. Vj. Mio. € 26 067,4)				
c) eigene Schuldverschreibungen		635,9		1,5
Nennbetrag Mio. € 581,9 (i. Vj. Mio. € 1,6)			28 126,3	27 678,3
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0,1	-
6. Beteiligungen				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			4,2	4,2
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			0,0	0,0
8. Treuhandvermögen				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 106,7 (i. Vj. Mio. € 109,4)			106,7	109,4
9. Immaterielle Anlagewerte			0,3	0,2
10. Sachanlagen			19,8	20,3
11. Sonstige Vermögensgegenstände			86,5	0,1
12. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		5,1		6,4
b) andere		1,2		1,2
			6,3	7,6
Summe der Aktiva			75 841,5	87 882,0

PASSIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2008 Mio. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		0,0		1 654,0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4 308,6		9 332,0
			4 308,6	10 986,0
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
andere Verbindlichkeiten				
a) täglich fällig		65,4		142,4
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5 796,2		4 154,5
			5 861,6	4 296,9
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
begebene Schuldverschreibungen			61 623,4	68 945,8
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 106,7 (i. Vj. Mio. € 109,4)			106,7	109,4
5. Sonstige Verbindlichkeiten			283,5	49,7
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		0,7		0,5
b) andere		42,6		25,2
			43,3	25,7
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		107,1		76,7
b) andere Rückstellungen		370,4		333,8
			477,5	410,5
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			1 067,7	1 106,0
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken			1 170,0	1 087,0
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	409,9			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	121,0			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	33,7	564,6		409,9
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	309,3			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	121,0	188,3		309,3
c) Bilanzgewinn		11,3		10,8
			899,2	865,0
Summe der Passiva			75 841,5	87 882,0
1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			119,1	117,6
2. Andere Verpflichtungen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen			1 322,2	1 360,3

Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Zeit

AUFWENDUNGEN

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	2008 Mio. €
1. Zinsaufwendungen			2 663,0	3 864,5
2. Provisionsaufwendungen			2,3	2,2
3. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			0,0	0,0
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	18,6			17,8
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	37,3			9,2
		55,9		27,0
darunter: für Altersversorgung Mio. € 35,0 (i. Vj. Mio. € 7,1)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		16,4		14,1
			72,3	41,1
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2,7	1,7
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			6,5	2,0
7. Aufwendungen für bestimmte Wertpapiere und Forderungen				
a) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		191,6		261,0
b) Zuführung „Fonds für allgemeine Bankrisiken“		83,0		30,0
			274,6	291,0
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			27,8	15,6
9. Außerordentliche Aufwendungen			0,0	0,0
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,0	0,0
11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen			0,1	0,1
12. Jahresüberschuss			45,0	43,0
Summe der Aufwendungen			3 094,3	4 261,2
1. Jahresüberschuss			45,0	43,0
2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage				
aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			121,0	60,3
3. Einstellungen in die Gewinnrücklage				
in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			121,0	60,3
aus dem Jahresüberschuss			33,7	32,2
4. Bilanzgewinn			11,3	10,8

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

ERTRÄGE

	Mio. €	Mio. €	2008 Mio. €
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 204,9		2 875,5
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	881,3		1 380,6
		3 086,2	4 256,1
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0		0,0
b) Beteiligungen	0,2		0,4
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,0		0,0
		0,2	0,4
3. Provisionserträge		4,4	1,1
4. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		0,0	0,0
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,0	0,0
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,0	0,0
7. Sonstige betriebliche Erträge		3,5	3,6
8. Außerordentliche Erträge		0,0	0,0
Summe der Erträge		3 094,3	4 261,2

Anhang zum Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank zum 31. Dezember 2009

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank wurde nach bankbilanzrechtlichen Vorschriften und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) vom 11.12.1998 aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn-und-Verlust-Rechnung richtet sich nach den Formblättern der RechKredV.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und 340e HGB. Aktien, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit sie der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden, nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 280 HGB) bewertet. Die dem Anlagevermögen (ein Depot von ungesicherten Floatern des Segments Fördergeschäft) zugeordneten festverzinslichen Wertpapiere sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten, vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäfte für Bilanzpositionen dienen, behandeln wir - mit erforderlichen Dokumentationen versehen - hinsichtlich der Bewertung als gesicherte Geschäfte.

Zero-Bonds sind mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bewertet worden.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, bilanziert.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sowie immaterielle Vermögenswerte wurden unter Beachtung von handelsrechtlichen Bestimmungen über die ermittelte Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungs- bzw. Nominalbetrag bewertet; Agien bzw. Disagien werden zeitanteilig abgegrenzt.

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 3,5 % auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Bei der Bewertung wurden die Richttafeln von 2005 G von Dr. K. Heubeck zu Grunde gelegt, wobei abweichend zum Vorjahr eine Anlehnung an die Systematik des International Accounting

Standards erfolgte, beispielsweise wurden weitere Bewertungsparameter, wie zukünftige Tarifierhöhungen, Karrieretrends und Inflationsentwicklungen erstmalig herangezogen.

Weitere Rückstellungen wurden für den tarifvertraglichen Vorruhestand und für Jubiläumzahlungen sowie für betriebliche Altersversorgung (Deferred Compensation) gebildet.

Rückstellungen für unser hauseigenes Förderkreditprogramm decken die Zinsunterdeckungen für die gesamte Kreditlaufzeit bzw. bis zum Zinsanpassungstermin in vollem Umfang.

Für alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde ausreichend Vorsorge getroffen. Entsprechende Pauschalwertberichtigungen wurden aktivisch abgesetzt.

Entsprechend den Vorschriften des § 340h HGB wurden die Fremdwährungspositionen am Bilanzstichtag umgerechnet und bewertet. Sofern für Fremdwährungsbestände Sicherungsgeschäfte abgeschlossen wurden, gelten diese Positionen als Bewertungseinheiten.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat für das Geschäftsjahr 2009 mit der LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main und der DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main einen Konzernabschluss nach IFRS gem. § 315a HGB aufgestellt.

Angaben zur HGB-Bilanz

Die Angaben und Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen haben wir nach der Reihenfolge der Bilanzpositionen aufgestellt. Die Bilanzpositionen wurden ohne anteilige Zinsen dargestellt.

Bilanzpositionen Aktiva	2009 Mio €	2008 Mio €
Pos. 2: Forderungen an Kreditinstitute Gliederung der Unterposition b) – andere Forderungen – nach Restlaufzeit:		
• bis drei Monate	5.052	7.581
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.314	8.870
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	16.221	17.381
• mehr als fünf Jahre	18.551	17.762
Pos. 3: Forderungen an Kunden In dieser Position sind enthalten:		
• Forderungen an verbundene Unternehmen	169	159
• Forderungen an Beteiligungsunternehmen	0	0
Gliederung dieser Bilanzposition nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	18	6.223
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	65	22
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	507	373
• mehr als fünf Jahre	174	3
Pos. 4: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
• börsennotiert	27.559	27.070
• nicht börsennotiert	324	282

Dem Anlagevermögen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von Mio € 8.449 (Vorjahr: 9.604 Mio €) zugeordnet. Aufgrund der dauerhaften Halteabsicht werden kurzfristige Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Die unterlassenen Abschreibungen betragen 91 Mio € (Vorjahr: 222 Mio €). Zur Ermittlung der unterlassenen Abschreibungen wurden Börsen- oder Marktkurse zum Ansatz gebracht. Dauerhafte Wertminderungen wurden in Höhe von Mio € 31 (Vorjahr: -,- Mio €) berücksichtigt. Eine außerplanmäßige Abschreibung wurde unterlassen, sofern die festgestellte Wertminderung vorübergehend in Bezug auf die künftige Ertragslage ist.

Bilanzpositionen Aktiva	2009	2008
	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden:		
• von öffentlichen Emittenten	33	87
• von anderen Emittenten	6.595	5.963
Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von Mio € -,- (Vorjahr: 884 Mio €) in Pension gegeben.		
Pos. 5: Der Gesamtbestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist börsenfähig und börsennotiert.		
Pos. 6, 7: Bilanzpositionen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Wertpapiere.		
Pos. 8: Treuhandvermögen		
Hierin sind enthalten:		
• Zweckvermögen	91	87
• Forderungen an Banken	16	22
Pos. 10: Sachanlagen		
Hierin sind enthalten:		
• Eigengenutzte Grundstücke und Gebäude, Wohnungen	0	0
• Fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude	18	19
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	1
Pos. 11: Sonstige Vermögensgegenstände		
Hierin sind enthalten:		
• Gestellte Barsicherheiten für derivative Verträge	86	-
Die gestellten Barsicherheiten wurden im Vorjahr unter den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen		
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	1.648	1.133

Anlagenspiegel

Anlagevermögen Mio €	Anschaf- fungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Kumulierte Abschrei- bungen	Bilanz- wert 31.12.09	Bilanz- wert Vorjahr	Abschrei- bungen 2009
Immaterielle Anlagewerte	1	0	0	1	0	0	0
Sachanlagen	32	2	2	12	20	20	2
Wertpapiere des Anlagevermögens	9.604	0	1.124	31	8.449	9.604	31
Beteiligungen	4	-	0	0	4	4	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	27	-	-	27	0	0	-
Gesamt	9.668	2	1.126	71	8.473	9.628	33

Bilanzpositionen Passiva	2009 Mio €	2008 Mio €
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Gliederung der Unterposition b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	1.195	5.389
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	414	746
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	998	1.017
• mehr als fünf Jahre	1.076	1.688

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften der Bundesbank waren Ende 2009 Wertpapiere in Höhe von -, - Mio € bei der Deutschen Bundesbank in Frankfurt kreditiert (Vorjahr: 1.000 Mio €).

Bilanzpositionen Passiva	2009	2008
	Mio €	Mio €
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden In dieser Position sind enthalten:		
• Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0	0
• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10	11
Gliederung der Unterposition b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	25	380
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	159	238
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.830	1.708
• mehr als fünf Jahre	3.608	1.715
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten In dieser Position wird folgender Betrag in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig:	19.883	24.855
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten Hierin sind enthalten:		
• Zweckvermögen	91	87
• Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16	22
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten Hierin sind enthalten:		
• Erhaltene Barsicherheiten für derivative Verträge	263	-
• anteilige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten (vor Sicherung)	17	17
• Sicherheiteneinbehalt	-	28
• Erhaltene Optionsprämien	1	1
Die erhaltenen Barsicherheiten für derivative Verträge wurden im Vorjahr unter den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen		

Bilanzpositionen Passiva	2009	2008
	Mio €	Mio €
Pos. 8: Nachrangige Verbindlichkeiten		
Die Nachrangverbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan-Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.068 Mio € (Vorjahr: 1.106 Mio €) beträgt der Nettoaufwand nach Sicherung 19 Mio € (Vorjahr: 42 Mio €). Ein Teilbetrag von 16% des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten entfällt auf eine Anleihe über 25 Mrd JPY bzw. 174 Mio € nach Sicherung. Die Anleihe ist am 21.04.2036 fällig. Der zugehörige Aufwandssatz vor Sicherung beträgt 2,8%. Die Bedingungen aller Nachrangverbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus.		
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	45.856	49.165
Passiva unter dem Strich		
Pos. 1: Eventualverbindlichkeiten		
<ul style="list-style-type: none"> • Ausfallbürgschaften • Verbürgung von Sicherheitsleistungen 	119 0	115 3
Pos. 2: Andere Verpflichtungen		
Die Verminderung der unwiderruflichen Kreditzusagen ist überwiegend auf Zusagen im Geldgeschäft mit Kreditinstituten zurückzuführen.		
Deckungsrechnung		
Die deckungspflichtigen Verbindlichkeiten verteilen sich auf:		
<ul style="list-style-type: none"> • Inhaberpapiere • Namenspapiere 	5 3.761	1.315 4.872
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen sind folgende Aktiva bestimmt:		
<ul style="list-style-type: none"> • Forderungen an Kreditinstitute • Forderungen an Kunden 	12.397 2	14.007 3

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erträge

Gliederung nach geografischen Märkten		Mio €	
Einzelpositionen:		Deutschland	Europa/ OECD
Zinserträge	2009	1.594	1.492
	2008	2.224	2.032
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2009	-	-
	2008	-	-
Laufende Erträge aus Beteiligungen	2009	-	-
	2008	-	-
Provisionserträge	2009	4	-
	2008	1	-
Sonstige betriebliche Erträge	2009	4	-
	2008	4	-

Erläuterungen der wichtigsten Einzelbeträge nach §35 Abs. 1 Nr. 4 RechKredV

Pos. 6: Sonstige betriebliche Aufwendungen	2009	2008
	Mio €	Mio €
In dieser Position sind folgende wesentliche Posten enthalten:		
• Kapitalzuweisung Edmund-Rehwinkel Stiftung	2	1
• Abwicklungskosten aus der Aufrechnung der Zahlungsansprüche	3	0
Pos. 7: Sonstige betriebliche Erträge	2009	2008
	Mio €	Mio €
In dieser Position sind folgende wesentliche Posten enthalten:		
• Mieteinnahmen für bankeigene Gebäude	1,8	1,8
• Sonstige Erstattungen	0,7	0,5
• Verkauf Eigentumswohnung	0,0	0,2
• Entschädigungszahlung für Nutzungsrechte	0,4	0,0

In den Aufwendungen und Erträgen sind keine wesentlichen periodenfremden Posten enthalten.

Sonstige Angaben

Angaben über marktrisikobehaftete Geschäfte

Die derivativen Geschäfte werden grundsätzlich nur zur Absicherung von bilanzwirksamen Positionen abgeschlossen. Das Volumen der Geschäfte ist durch positions-, kontrahenten- und produktbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

Gemäß § 285 Satz 1 Nr. 19 HGB sind die mit der Marktwertbewertungsmethode bewerteten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt (Netting- und Collateral-Vereinbarungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt):

Mio €	Nominalwerte		Marktwerte	
	31.12.2009	31.12.2008	positiv 31.12.2009	negativ 31.12.2009
Zinsrisiken				
Zinsswaps	66.537	68.546	1.324	2.104
• davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	799	689	9	73
Swaptions				
• Käufe	-	-	-	-
• Verkäufe	647	399	-	38
Sonstige Zinstermingeschäfte	447	9	8	-
Zinsrisiken – gesamt –	67.631	68.954	1.332	2.142
Währungsrisiken				
Zins-Währungsswaps	41.031	41.455	1.357	2.181
• davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	187	205	11	8
• davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	83	87	0	5
Währungsswaps	8.951	10.091	181	35
Währungsrisiken – gesamt –	49.982	51.546	1.538	2.216

Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienindex-Swaps	131	101	2	4
• davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	131	101	2	4
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt –	131	101	2	4
Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstige Preisrisiken	117.744	120.601	2.872	4.362

Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte in Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.09	31.12.08	31.12.09	31.12.08	31.12.09	31.12.08
Restlaufzeiten						
• bis drei Monate	2.502	9.553	12.133	8.655	-	-
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	8.789	11.291	5.343	7.626	86	-
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	33.174	31.744	24.414	26.030	15	101
• mehr als fünf Jahre	23.166	16.366	8.092	9.235	30	-
Gesamt	67.631	68.954	49.982	51.546	131	101

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

Mio €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2009
Banken in der OECD	100.566	110.940	2.198	3.657
Sonstige Kontrahenten	17.178	9.661	674	705
Gesamt	117.744	120.601	2.872	4.362

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, insbesondere Geschäfte in Fremdwährung, waren bei der Bank zur Deckung von Marktpreisschwankungen abgeschlossen. Die Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften bestehen zum Jahresultimo aus Zinsswaps, Währungsswaps, Zins-Währungsswaps, Zinstermin-kontrakten sowie Optionsgeschäften.

Neben der sicherungsbedingten Bewertung der derivativen Geschäfte werden die Buchwerte, resultierend aus der periodengerechten Zinsabgrenzung, in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute (862 Mio €), Forderungen an Kunden (212 Mio €), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (589 Mio €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (56 Mio €) ausgewiesen.

Sonstiges

Im Geschäftsjahr 2009 betragen die Gesamtbezüge des Vorstandes der Bank 2.069 Tsd € (Vorjahr: 2.289 Tsd €). Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 festgesetzt:

Angaben in Tsd €	Fixe Bezüge	Variable Bezüge	Sonstige Bezüge	Gesamt
Hans Bernhardt	290	355	32	677
Dr. Marcus Dahmen	350	390	9	749
Dr. Horst Reinhardt	290	330	22	642

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen sind zum 31.12.2009 insgesamt 19.104 Tsd € (Vorjahr: 14.836 Tsd €) zurückgestellt. An laufenden Versorgungsbezügen sind 1.414 Tsd € (Vorjahr: 1.039 Tsd €) gezahlt worden. Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates nahmen im Geschäftsjahr 2009 wie im Vorjahr keine Kredite in Anspruch.

Gemäß der geltenden Vergütungsregelung erhält der Vorsitzende des Verwaltungsrates eine fixe Vergütung von 25 Tsd € und sein Stellvertreter 12,5 Tsd €. Mitglieder, die Vorsitzende eines Ausschusses des Verwaltungsrates sind, erhalten 10 Tsd €, soweit nicht bereits eine höhere Vergütung bezogen wird. Verwaltungsratsmitglieder mit Ausschusstätigkeit werden mit 8,5 Tsd €, Verwaltungsratsmitglieder ohne Ausschusstätigkeit mit 7 Tsd € vergütet. Zusätzlich wird den Verwaltungsratsmitgliedern ein Sitzungsgeld von 0,5 Tsd € pro Sitzung gezahlt.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge unserer Verwaltungsratsmitglieder betragen 211 Tsd € (Vorjahr 208 Tsd €, jeweils mit Umsatzsteuer). In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgelistet (jeweils ohne Umsatzsteuer).

Angaben in Tsd €	Mitgliedschaft	Vergütung	Sitzungsgelder
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender)	01.01. - 31.12.	25,0	2,5
Ilse Aigner *	01.01. - 31.12.	12,5	1,5
Dr. Till Backhaus	01.01. - 31.12.	7,0	0,0
Dr. Helmut Born	01.01. - 31.12.	8,5	2,0
Dr. Rolf-E. Breuer	01.01. - 15.07.	5,4	0,5
Wilhelm Dietzel	01.01. - 05.02.	0,6	0,0
Bruno Fehse	16.07. - 31.12.	3,2	1,0
Udo Folgart	01.01. - 31.12.	7,0	0,0
Heinrich Haasis	01.01. - 31.12.	8,5	1,0
Werner Hilse	16.07. - 31.12.	3,9	1,0
Dietrich Jahn	02.04. - 31.12.	8,1	1,5
Wolfgang Kirsch	01.01. - 31.12.	8,5	1,5
Silke Lautenschläger *	06.02. - 31.12.	6,4	1,5
Franz-Josef Möllers	01.01. - 15.07.	4,6	0,5
Stefan Mörsdorf	01.01. - 10.11.	6,1	0,0
Klaus-Peter Müller	16.07. - 31.12.	4,6	0,5
Manfred Nüssel	01.01. - 31.12.	8,5	1,0
Brigitte Scherb	01.01. - 31.12.	8,5	1,5
Norbert Schindler	01.01. - 31.12.	8,5	1,5
Dr. Peter Traumann	01.01. - 15.07.	3,8	0,5
Dr. Jörg Wendisch	01.01. - 31.12.	8,5	2,0
Hans-Joachim Wilms	01.01. - 15.07.	4,6	0,0
Klaus Wiesehügel	16.07. - 31.12.	3,9	0,5

*) oder Vertreter

Anzahl der Mitarbeiter - ohne Bankvorstände - im Jahresdurchschnitt:

	2009			2008		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	115	78	193	111	74	185
Teilzeitbeschäftigte	2	23	25	1	20	21
Insgesamt	117	101	218	112	94	206

Der wesentliche Anteilsbesitz gemäß § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB:

	Eigenkapital Mio € 2009	Anteil am Kapital %	Ergebnis Mio € 2009
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,9	100,0	+0,1
Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main (in Abwicklung)	8,7*	25,1	-0,2*
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	12,4	100,0	0,0

*) 2008

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat sich in Form einer Patronatserklärung verpflichtet, sofern und solange sie 100% der Anteile an der LR Beteiligungsgesellschaft mbH hält, dafür zu sorgen, dass die LR Beteiligungsgesellschaft mbH finanziell so ausgestattet wird, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Auf die Nennung weiterer Gesellschaften nach § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB haben wir gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB verzichtet, weil sie für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung sind.

Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind im Anhang zum Konzernabschluss enthalten.

Die Corporate Governance-Erklärung ist auf der Internetseite der Rentenbank unter www.rentenbank.de öffentlich zugänglich.

Der Jahresabschluss ist auf der Internetseite der Rentenbank verfügbar und kann darüber hinaus am Standort der Bank angefordert werden.

In der folgenden Übersicht werden die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB), die von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern wahrgenommen werden, gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB aufgeführt:

Hans Bernhardt	Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen (Mitglied des AR)
Dr. Marcus Dahmen	Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH, Magdeburg (Mitglied des AR) VR-Leasing AG, Eschborn (Mitglied des AR) BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin (Mitglied des AR) DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (Mitglied des Beirats) VÖB-Service GmbH, Bonn (Mitglied des Beirats)
Dr. Horst Reinhardt	LAND-DATA Gesellschaft für Verarbeitung landwirtschaftlicher Daten mbH, Hannover (Mitglied des AR) Landgesellschaft Schleswig-Holstein, Kiel (Mitglied des AR)

Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates im Geschäftsjahr 2009 sind auf den Seiten 40 bis 42 aufgeführt.

Frankfurt am Main, den 5. März 2010 LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK
Der Vorstand

Bernhardt

Dr. Reinhardt

Organe

Vorstand

Dipl.-Volksw. Dr. Marcus Dahmen (Sprecher)
Dipl.-Kfm. Hans Bernhardt
Dipl.-Volksw. Dr. Horst Reinhardt

Verwaltungsrat

Vorsitzender:

Präsident Gerd Sonnleitner
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

Stellvertreter des

Vorsitzenden:

Ilse Aigner
Bundesministerin für Ernährung, Land-
wirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

Vertreter des Deutschen Bauernverbandes e.V.:

Generalsekretär Dr. Helmut Born
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

Präsident Udo Folgart
Landesbauernverband Brandenburg e.V., Teltow/Ruhlsdorf

Präsident Werner Hilse
Landvolk Niedersachsen-Landesbauern-
verband e.V., Hannover
(ab 16.07.2009)

Präsident Franz-Josef Möllers
Westfälisch-Lippischer-Landwirtschafts-
verband e.V., Münster
(bis 22.04.2009)

Präsidentin Brigitte Scherb
Deutscher Landfrauenverband e.V., Berlin

Präsident Norbert Schindler, MdB
Bauern- und Winzerverband, Rheinland-Pfalz Süd e.V.,
Berlin

Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.: Präsident Manfred Nüssel
Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin

Vertreter der Ernährungswirtschaft: Präsident Bruno Fehse
Bundesverband der Agrargewerblichen
Wirtschaft e.V., Bonn
(ab 16.07.2009)

Dr. Peter Traumann
Mitglied des Vorstandes Bundesvereinigung
der Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Berlin
(bis 22.04.2009)

Landwirtschaftsminister der Länder:

Hessen: Wilhelm Dietzel
Minister für Umwelt, Ländlicher Raum
und Verbraucherschutz des Landes Hessen, Wiesbaden
(bis 05.02.2009)

Silke Lautenschläger
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz des Landes Hessen, Wiesbaden
(ab 05.02.2009)

Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Till Backhaus
Minister für Landwirtschaft, Umwelt
und Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-
Vorpommern,
Schwerin

Saarland: Stefan Mörsdorf
Minister für Umwelt des Saarlandes, Saarbrücken
(bis 10.11.2009)

Vertreter der Gewerkschaften:	Hans-Joachim Wilms Stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Berlin (bis 22.04.2009)
	Klaus Wiese­hügel Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main (ab 16.07.2009)
Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:	Dr. Jörg Wendisch Ministerialdirektor, Bonn
Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:	Dietrich Jahn Ministerialdirigent, Berlin
Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:	Dr. Rolf-E. Breuer Ehem. Sprecher des Vorstands und früherer Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main (bis 22.04.2009)
	Klaus-Peter Müller Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG, Frankfurt am Main (ab 16.07.2009)
	Präsident Heinrich Haasis Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin
	Wolfgang Kirsch Vorsitzender des Vorstandes DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Rentenbank-Gesetz und in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen im Rentenbank-Gesetz und in der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und

Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Für die Vermögensübersicht zum 31. Dezember 2009 und für die Erfolgsrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 des Zweckvermögens in der Fassung der Anlage zu unserem Berichtsteil III haben wir am 15. Januar 2010 folgenden Vermerk erteilt:

"Die Buchführung und die Jahresrechnung des Zweckvermögens bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung."

Frankfurt am Main, den 5. März 2010

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Kläs
Wirtschaftsprüfer

Hansen
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungs-Grundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 5. März 2010

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand

Bernhardt

Dr. Reinhardt

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31. Dezember 2009 sind durch die Deloitte & Touche GmbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der Konzernlagebericht wurden zum 31. Dezember 2009 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die Deloitte & Touche GmbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Frankfurt am Main, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive der ergänzenden Lageberichte sowie den Geschäftsbericht für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss 2009 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend die Lageberichte 2009.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, € 121 014 321,84 entnommen werden und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem im Jahresabschluss in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von € 45 000 000,-- werden € 33 750 000,-- der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den verbleibenden Bilanzgewinn von € 11 250 000,-- in der Weise zu verwenden, dass € 5 625 000,-- dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank) € 5 625 000,-- für sonstige das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen.

Frankfurt am Main, den 25. März 2010

DER VERWALTUNGSRAT
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK

Der Vorsitzende
Gerd Sonnleitner